



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0886890

1/XIII/51 - 3. März 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe :

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
	Auf Umwegen zum Gipfel Neuer Vorschlag aus Moskau schafft neuen Tatbestand	30
2 - 3	Die Opfer des Kalten Krieges Zur Hauptdelegierten-Tagung der "Vereinigung der Opfer des Stalinismus"	66
4 - 7	Unsere Verbündeten sind teuer Von Klaus Jelonck Bericht von einer Reise in das Stationierungsgebiet der französischen NATO-Truppen in der Bundesrepublik	204

\* \* \* \* \*

Zur Beachtung: In unserer nächsten Ausgabe folgt die Fortsetzung der  
Reportage "Unsere Verbündeten sind teuer".

\* \* \* \* \*

### Auf Umwegen zum Gipfel

sp- Der neue sowjetrussische Vorschlag auf dem Gebiete der Vorbereitung zur Gipfelkonferenz fügt den phantasievollen Spekulationen über die eigentlichen Absichten der Beherrschung des Kreml neues Stoff zu. Von Moskauer Sicht aus gesehen, ist die nun vorgeschlagene Aussenminister-Konferenz im Vergleich zur bisherigen Haltung eine Kehrtwendung. Die Sowjet-Union hatte den Gedanken eines Aussenminister-Treffens als Vorstufe zur Gipfelkonferenz verworfen, weil sie sich von einem Treffen mit dem amerikanischen Aussenminister nicht viel versprach oder - wie westliche Politiker vermuten - hätte auf die Teilnahme Guruschtschows aus protokol-larischen Gründen verzichten müssen.

Welche Gründe die Russen veranlasst haben mögen, nun doch den Umweg zum Gipfel über eine Aussenminister-Konferenz zu wählen, bleibt unklar. Der Hinweis, Moskau wolle damit Frankreich einen Gefallen tun, dürfte die plötzliche Wendung nur ungenügend erhellen; das hiesse doch, die Rolle Frankreichs weit überschätzen. Für die Sowjet-Union bleibt Washington als der wichtigste Gegenspieler, der Tempo und Ausmass des Wettrüstens bestimmt, auch der Hauptgesprächspartner. Für den Westen enthält der neue Sowjet-Vorschlag ohnehin einige harte Nüsse. Er möchte die Aufgabe eines Aussenminister-Treffens ausschliesslich auf die Feststellung von Terminen, Ort und Teilnehmerkreis der Gipfelkonferenz beschränkt wissen. Trauen die Russen den Botschaftern die Erfüllung einer solchen rein technischen Aufgabe nicht zu? Dazu braucht man gewiss nicht die Aussenminister zu bemühen.

Es geht freilich im Grunde genommen bei den mühsamen Vorbereitungen auf dem Weg zum Gipfel um mehr als eine Verfahrensfrage. Die Westmächte möchten nicht unvorbereitet in die Gipfel-Konferenz gehen; diese soll sozusagen der krönende Abschluss von Ergebnissen sein, auf die man sich etwa auf dem Gebiet der Abrüstung oder der Einstellung von nuklearen Versuchs-Explosionen und anderes mehr schon geeinigt hat.

Die Sowjet-Union wiederum sieht in der Gipfel-Konferenz den Ausgangspunkt von Verhandlungen auf den Gebieten, über die sich die Regierungen in unmittelbarem Gespräch einigen könnten. Diese Methode hat man zwar in Genf versucht, aber sie schlug fehl - aus beiderseitigen Verschulden, wie man wahrheitsgetreu hinzufügen muss.

Der neue russische Vorschlag ist an sich, was die Teilnehmerzahl eines Aussenminister-Treffens anbelangt, sehr elastisch gehalten. Ob die politische Elastizität der Russen bei der Festlegung von Verhandlungsthe-men ebenso gross sein wird, bleibt abzuwarten. Die Meinungen hierüber gehen sehr weit auseinander. Allgemeinut scheint die Auffassung zu sein, dass von einer Vereinbarung über den Rüstungsstopp und die Einleitung einer Entspannungspolitik die Entwicklung vieler anderer politischer Probleme abhängig ist; auch das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands, über das sich im Zuge einer allgemeinen Entspannung mit grösseren Erfolgschancen verhandeln lassen dürfte, als bei der Fortsetzung des Wett-rüstens zwischen Ost und West.

+ + +

Die Opfer des Kaltes Krieges melden sich

-ck. "Der Kommunismus kann nur durch Menschlichkeit überwunden werden - nicht durch Atombomben". Diesen Satz sagte der Bundesvertriebenenminister am Wochenende auf der Hauptdelegiertentagung der "Vereinigung der Opfer des Stalinismus" in Königswinter, als er von der Wiedervereinigung sprach, der Not der Flüchtlinge und der schwierigen Eingliederung der ehemaligen politischen Häftlinge. Er setzte sich damit in einen auffälligen Gegensatz zu seinem Parteifreund von Mantuffel-Szooge, der in der Bundestagsdebatte am 23. Januar sehr unmissverständlich zum Ausdruck gebracht hatte, dass er auch unter Umständen mit Atombomben "gen Osten reiten" wolle.

Ansonsten bewegte sich der Minister natürlich streng auf der Bonner aussenpolitischen Linie. Man müsse nicht unbedingt mit dem Osten verhandeln wollen, keine Positionen preisgeben, keine Rechte verschackern: "Die Politik der Ungeduld bringt die Politik der Geduld um den Erfolg".

Und was kann für die ehemaligen politischen Häftlinge aus Mitteldeutschland getan werden? Minister Oberländer unterstrich erneut - auf der Kasseler Tagung der Flüchtlingsreferenten der evangelischen Kirche hatte er es auch schon getan - die Notwendigkeit der "seelischen Eingliederung". Es lasse sich nicht alles administrativ regeln, die Bundesbürger müssten mehr Herz zeigen, sich um die Flüchtlinge und die Opfer des Kaltes Krieges mehr kümmern. Gerade bei dieser Wiederholung wird man das Gefühl nicht los, als möchte sich die Regierung mit ihren Appellen an die Bürgerseele um materielle Verpflichtungen drücken, die sie nun einmal hat und von der sie niemand freispricht.

Die politischen Häftlinge aus der Zone möchten die Gleichstellung mit den Opfern des Faschismus. Die Mainzer Bezirkegruppe der VOS stellte beispielsweise ganz massiv und ganz konkret den Antrag auf eine gesetzlich geregelte Voll-Entschädigung und brachte zum Ausdruck, dass die Häftlinge damit nicht immer bis auf den Tag der Wiedervereinigung vertröstet werden wollen. "Eine Haft, wie Sie sie durchgemacht haben, kann gar nicht entschädigt werden", konterte der Vertriebenenminister. Den Tagungsteilnehmern blieb es überlassen, daraus schlaues fiskalisches Faktieren oder ehrliche Anteilnahme an ihren Leiden zu lesen. Mag beides der Fall sein - aber was wird nun?

Nach Vorstellung der Opfer des Kalten Krieges sollte die Entschädigung für erlittene Unbill im Kampf gegen den Kommunismus und für Verfolgungen durch das Diktaturregime der Sowjetzone gleichrangig mit der Entschädigung für diejenigen gestellt werden, die schon lange vorher unter Einsatz ihres Lebens gegen die nationalsozialistische Diktatur gekämpft haben. Dieser Grundsatz wird noch viele Diskussionen auslösen, da die korrekte Beurteilung jedes einzelnen Falles von zahlreichen Umständen abhängig sein kann. Und ob die Bürokratie in den Ländern und im Bund immer mit der notwendigen Umsicht verfährt - das ist ein Problem, das bei denen, die Freiheit und Leben im Kampf gegen die Diktatur eingesetzt haben, unterschiedlich beurteilt wird.

Jetzt geht es darum, dass wenigstens erst einmal die Spätentlassenen eine grössere Hilfe bekommen als bisher. Sie sind die wirklich "Zuspätgekommenen". Wer acht, zehn und zwölf Jahre drüben im Zuchthaus gesessen hat, der gliedert sich schwer ein - wirtschaftlich zumindest ebenso schwer wie seelisch. Die Spätentlassenen sollten erhöhte Starthilfen nach einem verbesserten Häftlingshilfe-Gesetz erhalten, und jetzt, nach der erschwerten Flucht durch das Bankower Passgesetz, darf man sie auch nicht mehr an die Verpflichtung binden, sechs Monate nach Haftentlassung in die Bundesrepublik zu kommen, um als "Berechtigte nach dem HEG" anerkannt zu werden. Um eine schnellere berufliche Eingliederung zu gewährleisten, wird angestrebt, die Häftlinge den Schwerbeschädigten gleichzustellen. Das dürfte möglich sein, denn die Betriebe können mangels Angebot ihr Schwerbeschädigten-Einstellungsgesell ohnehin längst nicht immer erfüllen.

Der Vertriebenenminister hat in Königswinter einige Versprechungen in dieser Richtung gemacht. Hoffentlich wirkt er auf seine Parteifreunde in der CDU auch entsprechend ein, damit die Bundestagsmehrheit den notwendigsten Verbesserungen im Häftlingshilfegesetz auch zustimmt. Das fiskalische Denken hat dort gerade in diesen Fragen oft mehr Gewicht als "Liebe und Menschlichkeit", von denen Oberländer so viel sprach.

## Unsere Verbündeten sind teuer

Von Klaus Jelonnek

Anfang Februar haben nach den Engländern auch die Franzosen Stationierungskosten von der Bundesrepublik gefordert. Sie wollen 208 Millionen DM. Sie berufen sich auf den Artikel drei des NATO-Vertrages, der besagt, dass von der Bundesrepublik "finanzielle Hilfeleistungen" in Anspruch genommen werden können, "um die gemeinsame Widerstandskraft gegen bewaffnete Angriffe zu erhalten und fortzuentwickeln". Der Bundesbürger möchte natürlich gern wissen, ob das gute Geld, das er seit Jahren hergeben musste, auch wirklich dazu verwendet wurde und wird. Er möchte es vor allem im Falle der französischen Stationierungstruppen wissen.

Das Gerücht macht die Runde, in Westdeutschland sässen nur gigantische Militärverwaltungs-Wasserköpfe auf einem schwächlichen Rückgrat wirklicher Kampftruppen, die gut ausgebildeten zumal seien ohnehin längst in Algerien. Natürlich widersprechen die Franzosen heftig, geben ihre Truppenstärke in der Bundesrepublik in ihren Zeitungen mit 68 000 Mann an. Bescheidener im NATO-Viertel, sprechen sie von 60 000. Die Amerikaner lächeln über diese Soll-Zahl. Sie glauben nicht daran.

Wie sieht es wirklich aus? Ist die Zahl von rund 60 000 richtig? Beim Bundesverteidigungsministerium in Bonn wurde kürzlich auch diese Zahl genannt. Auf Rückfragen konnte jedoch nicht genau gesagt werden, ob in diesen 60 000 auch die französischen Familienangehörigen der in Deutschland stationierten Berufssoldaten, Intendanturbeamten usw. inbegriffen sind. Gelegentlich wird von 25 000 bis 30 000 "echten" Soldaten gesprochen, aber diese Zahlen ändern sich täglich.

Die Sache ist also sehr unklar, und die Franzosen scheinen in puncto Deutschland-Stationierung kein allzu gutes Gewissen zu haben. Nicht umsonst erklärte ein französischer Regierungssprecher eilig zu der Pariser Forderung nach 208 Millionen DM Stationierungskosten: Frankreich könne das Geld schon fordern, denn es habe die klare Absicht, seine Deutschland-Truppen "wieder auf den in den Pariser Verträgen vorgesehenen Stand zu bringen".

Frankreich beabsichtigt nun, 50 000 Soldaten aus Europa abzuziehen, um die geplante Sperrzone an der algerisch-tunesischen Grenze zu besetzen. 10 000 bis 20 000 davon - die französischen Zeitungen nannten übereinstimmend diese Zahl - sollen aus dem französischen NATO-Kontingent in Westdeutschland kommen. Geht das so weiter, dann ist der Tag nicht weit, an dem wir die französischen Soldaten bei uns, die dem Steuerzahler jetzt wieder 208 Millionen DM kosten sollen, mit der Lupe suchen müssen.

Chaban-Delmas, der französische Verteidigungsminister, hat kürzlich erklärt, er wolle jetzt energisch die französischen Intendanturen in der Bundesrepublik "auskammer", um die für Algerien notwendigen Soldaten zu bekommen. Wie steht es damit? Wie sieht es bei den militärischen Verwaltungen der Franzosen aus? Wie leben die Stationierungs-Familien? Welche Sorgen haben die Städte, in denen sie wohnen? Wir sind nach Südbaden gefahren und haben uns etwas ungehört...

### "On parle français"

Das erste, was einem in Freiburg auffällt, sind die zahlreichen PKW's mit blauen und roten Nummernschildern und dem FFA (Forces Françaises en Allemagne), die durch die Strassen fahren. Deutsche Fabrikate zumeist: Opel, Mercedes, Volkswagen. Die mit den blauen Schildern gehören den

französischen Zivilisten, die mit den roten der Truppe. Es geht bunt durcheinander. Hier sitzen Uniformierte in den Blauen, dort Zivilisten in den Roten. Mindestens jeder zweite Franzose soll ein Auto haben, heisst es. Sehr repräsentativ sehen sie eigentlich nicht aus, man riecht den Gebrauchsgüter-Markt. In kurzen Abständen gibt es in Muggenbrunn bei Rastatt Versteigerungen von Militärfahrzeugen: Für tausend Mark kann man schon einen Volkswagen haben. Unter den LKW's überwiegt neben amerikanischen Fabrikaten der Mercedes.

Viele Verkäuferinnen in den Geschäften sprechen ein paar Brocken Französisch. Besonders am Wochenende sind die Läden voll Franzosen, die irgendetwas erstehen wollen, Zivilisten, Frauen, Uniformierte. Aber es ist eine vorsichtiger rechnende Kundschaft als früher, denn die DM ist knapp. Der Hauptmann beispielsweise bekommt zu seinem 100 000 Franc-Gehalt im Monat nur noch 200 Deutsche Mark zusätzlich - früher war's etwa das Vierfache. Unteroffiziere erhalten 100 bis 150 DM im Monat zusätzlich zu ihrem Gehalt. Davon können keine grossen Sprünge machen. Unteroffiziere, die freiwillig länger dienen, werden jetzt wie Berufssoldaten entlohnt. Früher mussten sie ihre Verpflegungskosten selber tragen - heute werden sie in der Kantine versorgt, erhalten dafür aber weniger Geld auf die Hand.

Am wenigsten zur "Wirtschaftsbelebung durch die Stationierungsstreitkräfte" trägt der einfache Soldat bei. Er hat monatlich nur ein paar Mark zu seiner Verfügung, mit denen sich wirklich nicht viel anfangen lässt. Frankreich ist arm. Wenn seine in der Bundesrepublik stationierten Bürger sehr viel besser als zuhause leben - die kasernierten Truppen ausgenommen - dann liegt das daran, dass sie für Miete, Strom, Gas, Wasser usw. nichts ausgeben müssen. Das bezahlen die Bundesbürger.

#### Soldaten gehen - Zivilisten kommen

Wenn Algerien wieder einmal Truppen braucht, dann sind für lange Wochen die französischen Kasernen in Baden trostlos leer. Zurück bleiben die Stäbe, ein paar Verwalter, Schreiber. Die Franzosen versuchen diesen Tatbestand begreiflicherweise zu verschleiern - welche Streitmacht täte das nicht? - aber er sickert schliesslich doch durch. Man lebt nicht auf einer Insel, und die vielfältigen Kontakte zur Welt ausserhalb der Kasernenmauern sorgen schon für's Bekanntwerden.

Die Soldaten gehen, die Zivilisten kommen. Regelmässig gibt es einen Proteststurm in der Öffentlichkeit Südbadens, wenn die Franzosen den Bau neuer Wohnungen verlangen. In Freiburg gibt es zur Zeit rund 1 700 Franzosen-Wohnungen. In der Regel handelt es sich um 4-Personen-Haushalte. Jedenfalls wohnen in Freiburg etwa 8 000 französische Staatsbürger, die alles andere sind als kämpfende Truppe. In Baden-Baden und einigen anderen Orten des französischen Stationierungsgebietes sind es ungefähr ebensoviele. In Lahr ungefähr 1 000. Die Gemeinden müssen für alle Franzosenbauten die Erschliessungskosten tragen, die sie vom Amt für Verteidigungskosten nicht ersetzt bekommen: Gas-, Wasser-, Strom-Zuleitungen, Strassenbau. Pro Meter Strasse kostet 600,- DM im Durchschnitt.

#### Der Familie Dupont geht es gut

In "Klein-Paris" von Baden-Baden, in der Unteroffiziers-Siedlung "Cité Thiérache" wohnt Sergeant Marcel Dupont mit Familie: Frau und vier Kinder. Die drei Jungen gehen zur Schule, die drei-jährige Angèle, geboren im Januar 1955 in Baden-Baden, ist noch zuhause. Monsieur Dupont arbeitet in BABO, im imposanten zwölf-geschossigen Hauptquartier-Hochhaus

der Franzosen. Er ist stolz darauf, dem Commandement en Chef de Force en Allemagne anzugehören. Nachmittags um fünf kommt er nach Hause, nachdem er den Tag über dort irgendetwas verwaltet hat. Er sieht nicht sonderlich abgespannt aus. Der Dienst ist nicht aufreibend. Das ist hier so wie in den meisten Etappen der Militärwelt.

Nachdem er zu Abend gegessen hat, setzt er sich mit seiner Frau vor den Fernsehapparat. Heute genießt er einmal ein Kabarett-Programm, übertragen vom NWDR, dem Monsieur Dupont spricht fließend Deutsch. Eigentlich sieht er das französische Programm nicht so gern. Empfangen kann er es natürlich mit seiner zweistufigen Antenne auch. Überhaupt: Ein Wald von Fernsehantennen auf den Dächern der Franzosenstadt mit ihren vier grossen Siedlungen, der Cités "Thiérache", "Paris", "Normandie", "Bretagne" ...

Nach deutschem Geld erhält Sergeant Dupont im Monat 450,- DM. Das ist nicht gerade viel, aber dazu kommt schliesslich noch das Kindergeld. Ein wichtiger Faktor! Die Familie hat sich im Laufe der Jahre allerlei Anschaffungen können: Volkswagen, Fernsicher, Kühlschrank, eine elektrische Nähmaschine; alle sechs sind gut angezogen, die Kleiderchränke sind voll. Freilich geht es nicht allen Franzosen in Deutschland so, aber Monsieur Dupont ist ein sparsamer Mensch.

Wie alle Franzosen in den Militär-Verwaltungen in der Bundesrepublik, gleich ob zivil oder uniformiert, braucht die Familie Dupont keine Miete zu zahlen. Sie wohnt umsonst in der kultivierten vier-Zimmer-Wohnung mit dem Parkettfußboden, dem Balkon, der Zentralheizung und der freundlichen Örtlichkeit, die Toilette und Bad voneinander trennt. Das notwendige Mobiliar bis hin zu den Gardinen und der Bettwäsche fand er vor, als er vor acht Jahren hier einzog. Das hat ihm der deutsche Steuerzahler mit seinen Stationierungskosten so eingerichtet.

Auch Strom, Gas und Wasser braucht die Familie Dupont nicht zu bezahlen. Der Volkswagen ist steuerfrei, nur die Hauptversicherung muss selbst getragen werden. Und der kleine Foxterrier, der auf den unpöchtlichen Namen George hört, ist auch steuerfrei. Das Haus, in dem Familie Dupont wohnt, bringt der Gemeinde Baden-Baden keine Grundsteuer.

#### Stimmt das mit dem "Gott in Deutschland"?

Überall in Südbaden gibt es die "Economats". Das sind Sonderläden für die französischen Truppen und für die Stationierungsfamilien. Auch Sergeant Dupont hat - entsprechend der Kopfzahl seiner Familie - einen Ausweis, der ihn berechtigt, Waren im "Economat" einzukaufen, den "Corvet d'Archat". Eigentlich lohnt es heute nur noch bei Spirituosen, Zigaretten, Kaffee, Tee und einigen anderen Genussmitteln: Sind sie in der Heimat Frankreich schon billiger als in Deutschland, so kosten sie Monsieur Dupont jetzt noch 12 Prozent weniger. Sie werden zollfrei in die Bundesregierung eingeführt, die in Frankreich zu zahlende Luxussteuer für Genussmittel fällt weg.

Seit einiger Zeit führen die "Economats" auch deutsche Waren. Monsieur Dupont hat seinen Kühlschrank im "Economat" zum Grosshandelspreis gekauft, 30 Prozent billiger, als er in einem Badst-Badener Laden bezahlt hätte. Und das ist der Kummer der Städte und Gemeinden: Der Ausfall an Umsatz- und Gewerbesteuer, der so bei Übergang des Zwischenhandels entsteht; von der Getränkesteuer nicht zu reden. Die Grundsteuer bleibt aus, auch die Hundsteuer. Vom "Ant für Verteidigungskosten" wird natürlich kein Ausgleich gezahlt. Die Wirtschaftsbelebung, auf die von den Statio-

nierungsmächten immer so gerne hingewiesen wird, wenn sie von der auch für die Deutsche Wirtschaft nützlichen Aufenthalt ihrer Truppen in der Bundesrepublik sprechen, ist recht begrenzt.

Doch zurück zu Monsieur Dupont. Für seine vier-Zimmer-Wohnung in der "Cité Thiérache", der vollmöblierten, müsste er, wäre er Bundesbürger, seine 350 bis 450 Mark bezahlen, ohne die Strom-Gas-Wasser-Rechnung, die ihm monatlich auf den Tisch flattert. So aber bezahlt ihn das bisher das freundliche Bonn. Die Offiziers-Wohnungen in der Baden-Badener "Cité Paris" sind entsprechend teurer, weil komfortabler noch. An die Generals-Villen wollen wir nicht denken. Nebenbei: Eine Kaserne steht seit zwei Jahren fast leer. Da lagen einmal Alpenjäger.

Allsonntäglich geht die Familie Dupont - man ist gut katholisch - in die église, die hübsche Kirche im "Klein-Paris", die auch auf Stationierungskosten erbaut und eingerichtet wurde. Was will sie mehr. Manchmal sagt Monsieur Dupont scherzhaft zu seiner Frau, er fühle sich "wie Gott in Deutschland".

Einen kleinen Kummer hat aber Frau Dupont: Seit dem 1. Oktober vorigen Jahres darf sie nicht mehr nach Herzenslust Strom, Wasser und Gas verbrauchen. Die Hauptquartier hat's verboten. Nicht, dass die Stationierungskosten etwa nicht ausreichen, das weiter zu bezahlen - aber schliesslich kann man damit noch etwas anderes anfangen. Böse Sungen sagen, die französischen Truppen in Westdeutschland müssten so für Algerien sparen. So ganz mietefrei lebt die Familie Dupont auch nicht mehr: Die französische Verwaltung erhebt eine "Anerkennungsgelühr" von etwa 25,- DM nach deutschem Geld pro Wohnung. Auch der Verschleiss an Hausrat, den nach dem Bundesleistungsgesetz der Deutsche Steuerzahler zu stellen hat, wird seit einem halben Jahr strenger beobachtet: Jedes Ding muss eine gewisse Lebensdauer haben, sonst wird es nicht ersetzt.

#### Angst vor dem "Heldenklau"

Seitdem der französische Verteidigungsminister Chaban-Delmas angekündigt hat, dass er die Intendanturen auskämren werde, ist Sergeant Dupont etwas unruhig. Dem Vernehmen nach soll nämlich ein "Heldenklau" schon hier und da ungehen. Im Büro spricht man darüber, aber seiner Frau sagt Monsieur Dupont vorläufig noch nichts. Sie hat nämlich einen Horror vor dem Krieg in Algerien, und, ehrlich gesagt, der Sergeant Dupont auch. Man muss eben abwarten, bisher ist es ja auch gut gegangen.

Freilich, um die Zukunft der Familie muss er sich keine allzu grossen Sorgen machen. Die Familien der Kameraden, die Pech hatten und eines Tages weg mussten, sind auch in ihrer schönen Wohnung geblieben. Manche jahrelang, manche bis zum Abschluss des Schuljahres, denn Gott sei Dank denkt Paris an die Erziehung der Kinder. Ein Sonderamt im Hauptquartier bemüht sich übrigens auch, für die vereinsamten Familien ohne Männer Wohnungen in Frankreich ausfindig zu machen. Sehr erfolgreich soll die Tätigkeit nicht sein, denn in Frankreich sind die Wohnungen knapp. Eine in die Bundesrepublik unrankierte Familie darf offiziell ihren Hausstand in Frankreich nicht länger als ein halbes Jahr aufrechterhalten. Wohin dann mit den Menschen, die jahrelang in Westdeutschland lebten? Der Neuanfang in Frankreich ist schwer, sehr schwer. Wer fort muss, kann auch seinen Urlaub nicht mehr in den zahlreichen französischen Ferienkolonien im Schwarzwald, den netten Hotels und Skihütten erleben.

Man kann verstehen, wenn Familie Dupont nur mit Unbehagen an den möglichen Marschbefehl für Vater Marcel denkt... Die 250 im Hotel "Bellone" untergebrachten Stabshelferinnen haben es da besser: Man wird sie kaum nach Algerien holen. (Wird fortgesetzt) + + + - - - - -

Verantwortlich: Günter Markscheffel